

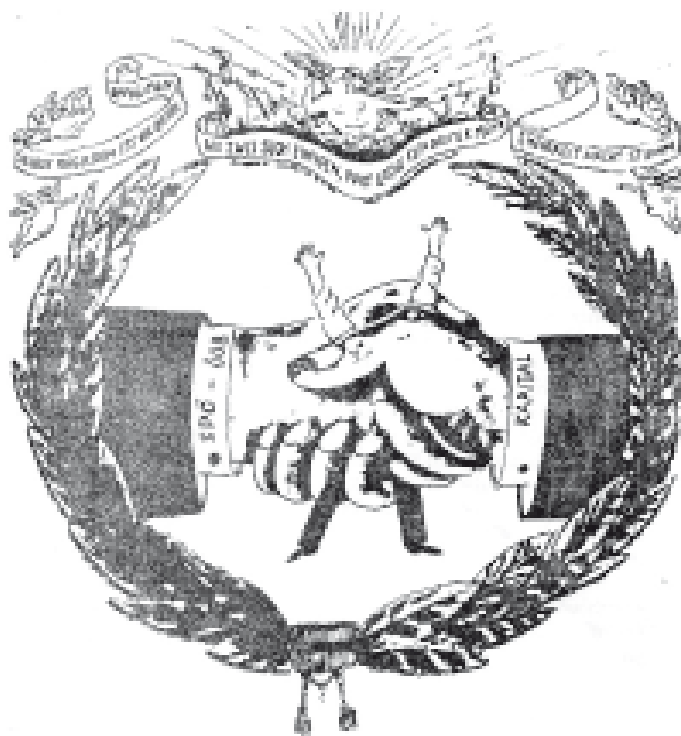
Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://proSV.akis.at>

Achtzig Jahre nach dem 12. Februar 1934 erleben die arbeitenden Menschen Österreichs den Charakter des kapitalistischen Systems mehr als deutlich. Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Abbau sozialer Errungenschaften paaren sich mit ständigen Drohungen der Unternehmer, dass es noch schlimmer kommen könne und die Leute deshalb brav und ruhig alles, was ihnen an Krisenlasten aufgebürdet wird, hinnehmen sollen. SPÖ-Partei-spitze und die Spitze der Unternehmerpartei ÖVP aber feiern anlässlich des 12. Februar 1934 Versöhnung. Sie, die anderen Parteien – auch wenn sie in Opposition sind – und die „Sozialpartner“, also Industrie und Gewerkschaftsspitzen, sind sich einig – gegen die arbeitenden Menschen.

Diese Ausgabe von „Solidarität – unsere Chance“ widmet sich großteils einer Analyse der Entwicklung bis zum 12. Februar 1934, der Folgen und der Lehren daraus für die heutige Zeit.

Heuer jährte sich zum achtzigsten Male der Jahrestag des 12. Februar 1934. Damals scheiterte der letzte Versuch der österreichischen Arbeiterschaft, den Machtantritt des schwarzen Austrofaschismus zu verhindern. In der Folge führte das zur Auslö-

80 Jahre nach dem 12. Februar 1934:



Sie sind sich einig - gegen die arbeitenden Menschen

schung Österreichs durch den braunen Hitlerfaschismus und zum Tod von Hunderttausenden ÖsterreicherInnen im Zweiten Weltkrieg.

80 Jahre danach machen die Spitzen von SPÖ, und ÖVP diesen Jahrestag zum Feiertag ihrer Versöhnung. Mit den politischen Nachkommen der Austrofaschisten und der Arbeitermörder, mit den ÖVP-Spitzen bzw. mit den Spitzen der Unternehmerverbände, sitzen die Spitzen der SPÖ und

des ÖGB schon lange in der „Sozialpartnerschaft“ zusammen. Und auch mit der FPÖ, den geistigen Erben des Hitlerfaschismus schwanden und schwinden immer mehr die Berührungsängste, indem die SPÖ der FPÖ zu Regierungspartnern verhalfen (SPÖ-FPÖ-Koalition 1983 – 1986) und nach der Niederlage bei den letzten Nationalratswahlen vom Oktober 2013 sich SPÖ-, ÖGB- und AK-„Genossen“ aus der zweiten Reihe für eine neuerliche Koalition mit der FPÖ ins Zeug legten.

Zum Hohn auf die gefallenen Antifaschisten hat die SPÖ schon in der Koalition mit der FPÖ 1984 und jetzt 2014 alleine die Ange lobung von Bundesheersoldaten im 1934 heiß umkämpften Karl-Marx-Hof durchgeführt.

Versöhnung von oben - gegen uns unten

Die Versöhnung von oben findet in Koalition und Sozialpartnerschaft statt. Für die Herrschenden gelten heute derzeit die Gräben von damals als zugeschüttet. Sie sind sich darin einig, dass ihnen so etwas wie im Jahr 1934 und den Jahren davor nicht mehr passieren darf: eine Konfrontation „zwischen den politischen Lagern.“ In allen für das Kapital wichtigen Fragen, sollen die verschiedenen politischen Lager/Parteien letztlich an einem Strang ziehen – gegen die arbeitende Bevölkerung.

Die SPÖ- und ÖGB-Spitzen sind längst wirtschaftlich (Einkommen, Posten, Besetzung von Schaltstellen in Politik und Wirtschaft – wie z.B. Androsch, Gusenbauer, Vranitzky, Klima usw.) und ideologisch Teil des herrschenden Systems geworden. Sie leben, denken und handeln wie andere Kapitalisten. Umso leichter fällt ihnen das Einvernehmen mit dem Gegner von einst.

Der frühere SPÖ-Bundeskanzler Kreisky selbst stellte schon vor mehr als 30 Jahren zum Ergebnis seiner jahrzehntelangen „sozialistischen“ Politik fest: *In Österreich macht sich „eine neue Klasse breit. Es sind Männer ..., die ihren Aufgabenbereich durch die Politik bekommen haben. Dazu zählen Bankdirektoren, die Chefs großer Unternehmungen, aber auch Leute, die im Rundfunk eine Rolle spielen. Diese Gruppe, und das stelle ich ganz objektiv fest, hat die eigentliche Macht ... Die Gesellschaft hat keine Kontrolle über diese Mächtigen und die gewaltigen Mittel, über die sie verfügen.“ Und Kreisky sagte zur beginnenden Vranitzky-*

Ära in SPÖ und Regierung: „Über die SPÖ regiert der Bankdirektorenflügel ... Vranitzky ist den Banken verpflichtet. Das werden die österreichischen Arbeiter teuer zu bezahlen haben.“ (1987 anlässlich der Privatisierungen).

Tatsächlich, was folgte war so: Großkoalitionärer Angriff auf und Ausverkauf der Verstaatlichten Industrie – vollendet dann von Schwarz-Blau. Hineintreiben Österreichs in die EU, Aushöhlung der Neutralität. Zuschauen bei der Aufteilung des Konsums auf die Konkurrenten, Beginn der „Pensionsreformen“ und „Sparpakete“. Duldung und Mitmachen der Enteignung von Geldern der Gewerkschaftsmitglieder im Zuge des BAWAG-Skandals. Keine Zurücknahme des Sozialkassenschlages von Schwarz-Blau durch Gusenbauer trotz Wahlsieg usw. usf.

So ist zugleich in den letzten 30 Jahren zwar der reale Einfluss der SPÖ- und ÖGB-Führenden zurückgegangen, an ihrer Haltung jedoch, sich dem Kapital als der bessere Verkäufer als ÖVP und FPÖ anzubieten und die arbeitenden Menschen ruhig zu halten, hat sich nichts geändert. Deshalb laufen ja auch ÖGB und SPÖ immer mehr Mitglieder weg. Statt die Davonlaufenden durch entsprechende Politik zurückzugewinnen, suchen die SPÖ- und ÖGB-Spitzen noch mehr ihr Glück, d.h. den Erhalt von Positionen und Posten, in Anbiederung an die Unternehmerpolitik und die FPÖ.

Und die klassischen Kapitalisten und ihre Polit-Vertreter – siehe die Schwarz-Blau Regierung von 2000 – 2006 – oder die Unternehmerdrohungen und -angriffe von Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, internationalen Konzernen – haben ihrerseits immer weniger Interesse mit SPÖ und ÖGB Macht und Einfluss teilen zu müssen. So setzen sie diese immer mehr unter Druck, die Unternehmerinteressen mitzutragen

gen bzw. gar selbst zu forcieren und protegieren offen neben ÖVP die NEOS, FPÖ und Grüne. Je frecher die Unternehmer werden, desto williger werden die SPÖ- und ÖGB-Spitzen, nur um im „Spiel“, d.h. bei Posten und Ämtern bleiben zu dürfen.

Das jüngste Regierungsprogramm 2014 – 2018 wird vom ÖVP-Wirtschaftsbund als „erfolgreich“, vom ÖGB mit „viel Gutes“ zusammengefasst.

Und wie schaut's für uns aus?

Die nächsten Jahre erwartet die ÖsterreicherInnen die größte Belastungswelle seit den 1950er Jahren: Preis-, Steuer- und Tarifierhöhungen. Einsparungen bei Gesundheit, Bildung, Pensionen, Arbeitslosengeld, Mindestsicherung. Gleichzeitig waren in diesem Winter 450.000 Menschen arbeitslos, Tendenz steigend. Denn immer häufiger werfen Firmen Beschäftigte auf die Straße. Die, die noch Arbeit haben, sollen den Mund halten, Einbußen ihres Reallohns hinnehmen und sich noch mehr ausquetschen lassen.

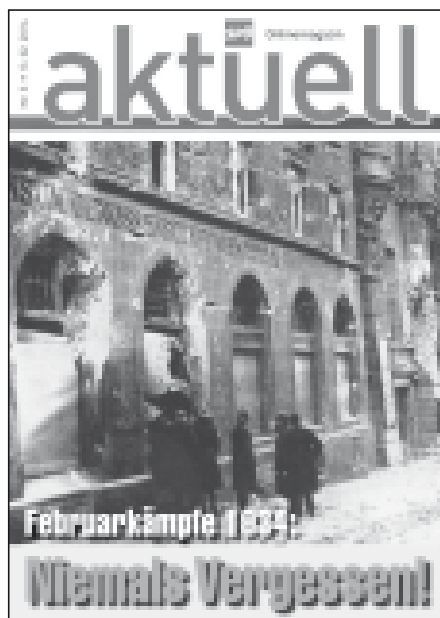
So machen die ÖGB- und SPÖ-Spitzen im Zuge der Wirtschafts-, der Finanzkrise und der kriminellen Spekulationen, also der klassischen Kapitalismuskrise den Unternehmern, Banken, Hedgefonds, Spekulanten und „Investoren“ nicht nur bei der „Hypo“ auf Biegen und Brechen die Mauer – wir hingegen sollen zahlen. Die Forderung nach Finanztransaktionssteuer, Vermögenssteuer usw. – ja, die sind alle bloß für Sonntagsreden gut. Sie steuern so die „Lösung“ der Krise des Kapitalismus voll mit, die schon zweimal in den letzten 100 Jahren im Krieg endete.

Vor dem Machtantritt des Faschismus, im Jahre 1933, sagten die „Genossen“ oben: „Nur ruhig, Gewehr bei Fuß, wir werden das nicht zulassen.“ Als es dann ernst wurde und die Kapitalisten an die Errichtung ei-

ner offenen Gewaltherrschaft gingen, ließen sie die Arbeiter im Stich und kapitulierten. Heute sind sie selbst an der Macht beteiligt und beschwören uns (im Verein mit dem Koalitionspartner), die Opfer, die sie von uns verlangen, widerstandslos zu schlucken. Nur so könnte der Weg in den Abgrund behindert werden. Die Geschichte aber hat gezeigt: Die Parole „Ruhig halten!“ hat dazu geführt, dass die österreichischen ArbeiterInnen niedergeschlagen und dadurch reif gemacht wurden, für imperiale Großmachtinteressen im Krieg zum Sterben geschickt zu werden.

Auch heute: Unüberbrückbare Klassengegensätze

Die Profitwirtschaft, der Kapitalismus, der Neoliberalismus – wie immer man dieses System auch benennen mag – droht heute die Menschen wieder in Kriege zu stürzen bis hin zu einem dritten Weltkrieg. Denn nur der Krieg bringt ihm letztlich neue Absatzmärkte und Rohstoffquellen. Das ist der Ausweg aus seiner Krise. Und wieder sollen wir „ruhig halten“, „Opfer bringen“, weil sonst alles noch ärger kommen würde. Wenn wir aber alle Krisenlasten, die uns die Regierenden aufbürden, widerstandslos auf uns nehmen, dann werden wir auch dazu keine Kraft mehr aufbringen können, uns dem Ruf der Mächtigen zum „letzten



Opfergang“, zum Krieg zu verweigern. Widerstand gegen die Krisenlasten ist die einzige Chance der arbeitenden Menschen, damit wir nicht morgen wieder Schlachtopfer in Kriegen für Profitinteressen einiger weniger werden.

Die arbeitenden Menschen können sich in diesem Kampf auf keine Partei verlassen. Auch von der ÖGB- und SPÖ-Führung werden sie dabei keine echte Unterstützung bekommen. Denn deren Lehren aus dem Februar 1934 heißen „Versöhnung“ mit denjenigen, die uns zugunsten ihrer Profite Lasten aufhalsen, bis zum Draufgehen – schon in Friedenszeiten durch Kaputtarbeiten, Krankheit, Burn out, bis eben hin zum Sterben im Krieg.

Das ganze Dasein dieser „ArbeitervertreterInnen“ gibt uns Aufschluss darüber, warum sie so reden – sie haben die Seiten gewechselt und sind Teil der Oberja Ausbeuterschicht geworden. Darum der Deckmantel der angeblichen „Klassenversöhnung“ in Österreich, der die arbeitenden Menschen nur vom Kampf zur Wahrung ihrer eigenen Interessen abhalten soll. Deshalb die Diskriminierung aller Menschen, die sich gegen Krisenlasten, Unterdrückung, Kriegsvorbereitung wehren, als „Umstürzler“ und „Aufwiegler“, die noch dazu als Sündenböcke für Arbeitslosigkeit und Krise herhalten sollen. Und trotz der propagierten „Versöhnung“ wappnen sich die Herrschenden mit dem Ausbau des Polizei-, Überwachungs- und Staatsapparates. Der soll nicht uns vor Kleinkriminellen, sondern die Großkriminellen im Nadelstreif vor uns, der Bevölkerung, schützen, wenn sich die Menschen einmal aus der Not heraus aktiv zur Wehr setzen müssten, wenn alle Beruhigungspillen, Beschwichtigungen und Vertröstungen nicht mehr ausreichen

Das Feuer ist heiß, und das Wasser ist nass, und nach wie vor ist der arbeitende Mensch für den Kapitalisten nichts anderes als das Mittel zur Profitschöpfung. Zwischen Ausbeuter und Ausgebeutetem besteht ein unversöhnlicher Widerspruch.

Der Weg in den Februar 1934

Schon bald nach dem Ende des ersten Weltkrieges und nach dem Zusammenbruch der Habsburg-Monarchie hatte sich die herrschende Klasse in Österreich mit der Hilfe ausländischer Kapitalgruppen und um den Preis einer wachsenden Abhängigkeit von ihnen gefestigt. Und auch die Arbeiterführer waren ihr dabei behilflich. Der Forderung der österreichischen Arbeiterklasse nach einem sozialistischen Österreich stellten die Führer der So-

zialdemokratie den sogenannten „friedlichen Weg zum Sozialismus“ entgegen und setzten alles daran, die revolutionäre Bewegung abzuschwächen und zu unterlaufen.

Versöhnung mit den Kapitalisten

Otto Bauer, der Vorsitzende der SPÖ in der Zwischenkriegszeit, sah darin die wesentlichste Aufgabe der Sozialdemokratie in den ersten Jahren der Republik:

„Nur durch den tagtäglichen Appell an die Einsicht, an die durch Krieg und Revolution aufgewählten Massen konnte die Regierung verhüten, dass die revolutionäre Bewegung in einem ... vernichtenden Bürgerkrieg endete. Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können ... Nur Sozialdemokraten konnten diese Aufgabe von beispelloser Schwierigkeit bewältigen.“ (Otto Bauer, „Die österreichische Revolution“).

Welche Politik die sozialdemokratische Führung machte, zeigt auch die Aussage des damaligen Präsidenten des österreichischen Industriellenverbandes, Streeruwitz, der in seinen Erinnerungen schrieb: „Wie immer man die Haltung der Arbeitervertreter beurteilen vermag – ohne ihre wirkliche Zusammenarbeit mit den Unternehmern wäre es schwierig gewesen, die sowjetischen Wogen von den österreichischen Grenzen abzuhalten.“ (Ernst Streeruwitz, „Springflut über Österreich“).

Die sozialdemokratische Parteiführung wollte den nach revolutionärer Umgestaltung strebenden Massen das kapitalistische System schmackhaft machen. Sie sollte durch Reformen und Sozialgesetze den Arbeitern vor Augen führen, dass der Kapitalismus die Bedürfnisse der Arbeiter dauerhaft erfüllen könne. Dabei verzichtete sie keineswegs auf revolutionäre Worte. Aber die Arbeiter sollten den Kampf um ihre Interessen den Parteiführern überlassen. Der Klassenkampf müsse von der Straße ins Parlament verlegt werden, die Staatsmacht sei mit dem Stimmzettel zu erobern, der Kapitalismus würde menschliche werden und dann könne zwar langsam, aber sicher der Sozialismus erreicht werden, und das ohne gewaltsame Auseinandersetzung, ohne Bürgerkrieg.

Der Juli 1927

Als im Juli 1927 die Wiener Arbeiterschaft spontan auf die Straße ging, um gegen den Freispruch von Arbeitermördern zu protestieren, zeigte sich darin die Bereitschaft der Arbeiter, gegen die immer schärfer werdende Politik der Reaktion zu kämpfen. Doch



auch hier versuchte die sozialdemokratische Spitze beschwichtigend und beruhigend zu wirken, mit dem blutigen Ergebnis, dass 85 unbewaffnete Arbeiter von der Polizei ermordet wurden und an die 1.000 Demonstranten verletzt auf der Straße liegen blieben.



Diese defensive Haltung führte den reaktionären Kräften einmal mehr vor Augen, dass ihre Herrschaft, ihre Politik von den sozialdemokratischen Führern absolut nicht bedroht war.

Wirtschaftskrise

Angriffe auf die Arbeiter - Vormarsch des Faschismus. Bestärkt durch diese Einsicht begann die Christlichsoziale Partei die Angriffe auf die sozialen Erwerbenschaften der Arbeiterschaft fortzusetzen. Die österreichischen und ausländischen Finanzgruppen sahen durch die hereinbrechende Wirtschaftskrise ihre Profite bedroht. Die Unternehmer warfen ihre menschliche Maske ab und versuchten die Krisenlasten voll auf den Rücken der Werk tätigen abzuwälzen: durch Massenentlassungen, Betriebsstilllegungen, Lohnkürzungen, Sozialabbau und drastische Erhöhung der Massensteuern.

Die SP-Führung organisierte dagegen einige Streiks, andere Arbeitskämpfe wieder, die die Arbeiter selbst, ohne Bewilligung von oben, durchführten, wurden mit dem Hinweis auf den Stimmzettel abgewürgt. Im Parlament trugen die SP-Führenden die Sanierungsmaßnahmen für die Wirtschaft insofern mit, dass sie sich der Stimme bloß enthielten. Zudem sah Otto Bauer den Faschismus durch die Wahlniederlage des „Heimatblocks“ (politischer Arm der militärischen Heimwehr) für besiegt an.

Um jeglichen Widerstand dagegen von vornherein zu verhin-

dern, war es notwendig, die Organisationen der Arbeiterschaft zu schwächen und zu zerschlagen. Nicht die sozialdemokratischen Führer fürchteten die Herrschenden, sondern die Arbeiterschaft selbst, die sich wie im Jahre 1927 gegen den Willen der Parteispitze den Plänen der Reaktion entgegenstellen könnte.

Immer drängender wurden deshalb die Forderungen der Unternehmerschaft an ihre politischen Repräsentanten, der Demokratie ein Ende zu setzen. Da sich in Österreich keine einheitliche und starke außerparlamentarische faschistische Organisation bildete, vollzogen den Wechsel zur faschistischen Herrschaftsform des Kapitals die aus dem demokratischen Wahlen hervorgegangenen Regierungsparteien mit der Christlichsozialen Partei an der Spitze.

März 1933

Machtantritt des Austrofaschismus. Im März 1933 wurde unter einem nichtigen Vorwand von Bundeskanzler Dollfuß, dessen Portrait bis heute noch in der ÖVP einen Ehrenplatz hat, das Parlament ausgeschaltet. Die Stimmzettel, auf die sich die Spitzen der Sozialdemokratie so sehr beriefen und auf die die Arbeiter ihre Hoffnung setzen sollten, diese Stimmzettel waren wertlos geworden, Papier, über das sich die Machthaber hinwegsetzten.

Womit wieder ein entscheidendes Moment eingetreten war, an dem die Sozialdemokraten den Weg in die faschistische Diktatur versperren hätten können. Die Arbeiterschaft war überzeugt, dass sich ihre Führung nun endlich zum Kampf entschließen würde. Der „Republikanische Schutzbund“, der ja von den Sozialdemokraten ausdrücklich zum Schutz der Republik geschaffen worden war, war in voller Bereitschaft. Zehntausende Arbeiter warteten kampfbereit in den Betrieben und Arbeiterheimen auf das Signal. Es kam aber kein Signal. Bei den Arbeitern herrschte Enttäuschung, Verzweiflung und beginnende Demoralisierung.

Nun schaltete die Reaktion endgültig auf Offensive. März 1933: Verbot des Schutzbundes,

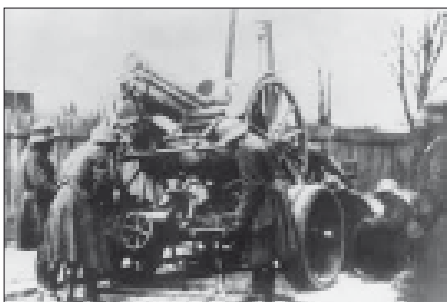
Verbot des 1.-Mai-Aufmarsches, Verbot der KPÖ, September 1933: Einführung der Todesstrafe, Jänner 1934: Verbot der „Arbeiterzeitung“.

All diesen Maßnahmen gegenüber verhielt sich die sozialdemokratische Führung ausschließlich defensiv – durch Kompromissbereitschaft und Nachgiebigkeit gegenüber Dollfuß versuchte sie, die letzten Reste der Demokratie zu retten, und rief die Arbeiter auf, „sich nicht provozieren zu lassen“. Die Arbeiterschaft wurde in dieser Periode wirtschaftlich und moralisch sehr geschwächt. Ihr bewusster Teil jedoch war weiterhin voll bereit, zu kämpfen.

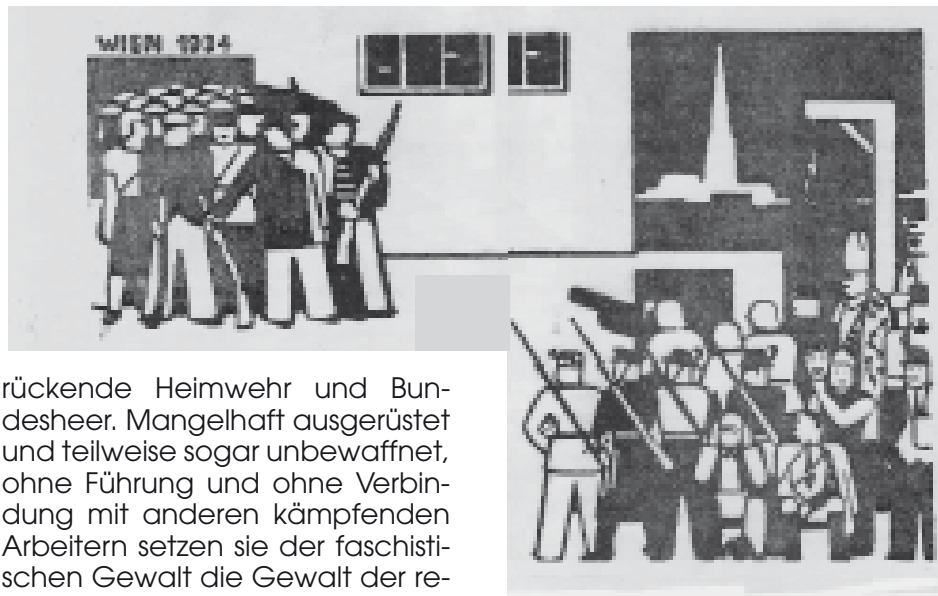
12. Februar 1934

Die Arbeiter nehmen ihr Schicksal in die eigene Hand.

Am 12. Februar 1934 setzten österreichische Arbeiter mit bewundernswürdigem Heldenmut als erste in Europa dem Vormarsch des Faschismus bewaffneten Widerstand entgegen. Gegen den ausdrücklichen Befehl Otto Bauers begannen in Linz am Montag dem 12. Februar, als die Polizei neuerlich Waffendurchsuchungen in Arbeiterheimen und Verhaftungen von Schutzbundführern vornahm, die Kämpfe. Als die Nachricht davon in Wien eintraf, kam es in einigen Wiener Betrieben zu spontanen Arbeitsniederlegungen. Die Arbeiter der Wiener Gaswerke traten in den Streik, einige Zeit später schalteten die E-Werk-Arbeiter den Strom ab. In den Betrieben erlosch das Licht, die Maschinen standen still, die Straßenbahnen fuhren nicht mehr.



Ohne ihr Leben zu schonen, begannen Schutzbündler und revolutionäre Arbeiter in den Wiener Fabriksbezirken und Vorstädten den Kampf gegen an-



rückende Heimwehr und Bundesheer. Mangelhaft ausgerüstet und teilweise sogar unbewaffnet, ohne Führung und ohne Verbindung mit anderen kämpfenden Arbeitern setzen sie der faschistischen Gewalt die Gewalt der revolutionären Arbeiter entgegen.

Der Kampf gegen die bewaffneten Verbände des Faschismus, gegen Polizei, Bundesheer und Heimwehren tobte in den Wiener Arbeiterbezirken (v.a. Floridsdorf, Ottakring, um den Reumann-Hof in Favoriten und um den Karl-Marx-Hof in Heiligenstadt), in Linz, in Steyr und im ganzen obersteirischen Industriegebiet.

Der Generalstreik, der das Rückgrat der Bewegung hätte sein müssen, wurde nicht organisiert und nur teilweise und unzulänglich durchgeführt. Die sozialdemokratische Führung gab trotz ihres riesigen technischen Apparates kein einziges Flugblatt heraus, schon gar nicht einen Streikaufruf – obwohl um Leben und Tod gekämpft wurde.

Die Opferbilanz: Die Opferbilanz: 118 Tote und 486 Verletzte auf Regierungsseite, etwa 270 Tote und mehr als 300 Verletzte auf Seite des Schutzbunds. 9.700 Menschen werden verhaftet, an die 6.000 Gerichtsverfahren eingeleitet (Quelle: Martin Auer, Entwicklung Österreich von 1918 bis zum Sozialistenprozess 1936. Siehe auch Radiosendung zum Nachhören: <http://cba.fro.at/254030>; zit. Nach akin Nr. 4-5/2014). Nach anderen Quellen haben in den Kämpfen insgesamt 1.600 Menschen ihr Leben verloren (ORF, Ö1-Radiokolleg, 10.2. – 13.2.2014).

Trotzdem war der Widerstand der ArbeiterInnen so heftig, dass das Dollfuß-Regime den vollen Einsatz des Bundesheeres anord-

nete und die Gemeindehäuser und Arbeitersiedlungen mit Artillerie beschießen ließ. Trotz ungleicher Waffen, trotz der Mobilisierung von Polizei, Bundesheer und Heimwehr und trotz der Standgerichtsurteile, die von den faschistischen Henkern sofort vollstreckt wurden, endeten die Februar-kämpfe erst nach einer Woche.

Die SP-Parteispitzen kapitulierten

Aber der Arbeiterkampf war ein Vorbild für die ganze Welt.

1934 bedeutete das Ende der Sozialdemokratischen Partei und der ersten österreichischen Republik. Es bedeutete gleichfalls den Zusammenbruch des Austromarxismus und das Ende seines „friedlichen Weges“ in den Sozialismus. Das jahrelange Verabsäumen der sozialdemokratischen Führung, die Arbeiterschaft gegen die Angriffe der Kapitalisten und den heraufziehenden Faschismus zu mobilisieren, führte dazu, dass die kämpfenden Schutzbündler der faschistischen Reaktion unterlagen. Die Niederlage der Arbeiter war durch die Politik der SPÖ-Führer, die andauernd zauderten, vor dem wirtschaftlichen Druck der Unternehmer und vor dem immer schärferen politischen Kurs der Regierenden zurückwichen und die kampfbereite Arbeiterschaft im Stich ließen, geradezu vorprogrammiert.

Trotz der Niederlage waren diese Kämpfe aber ein gewaltiger Ansporn für die Arbeiter der ganzen Welt. Nach der furchtbaren Niederlage der deutschen Arbeiterklasse 1933 durch den Macht-



antritt des Hitlerfaschismus haben die Februarkämpfer bewiesen: Der bewaffnete Kampf gegen den Faschismus ist möglich und notwendig. Sie gaben damit das Signal für den Kampf des republikanischen Spanien gegen die Franco-Faschisten und leiteten

damit den Aufschwung des antifaschistischen Kampfes in ganz Europa ein!

„Österreich war, früher als Spanien, das erste Land, in dem demokratische Errungenschaften gegen den Faschismus verteidigt wurden. So unerträglich das Wissen auch ist, dass im März 1938 kein Schuss auf die Okkupanten und ihre österreichischen Gesinnungsfreunde abgefeuert wurde, so legitim ist die Vorstellung, dass gekämpft worden wäre, wenn die Sieger von 1934 dem Angebot aus den Reihen der Besiegten – und dem Bestreben einiger weniger in ihren eigenen Kreisen – gefolgt wären,



sich gegen die Nazis zusammenschließen. Weil es ihnen dafür an Größe fehlte, geriet die Annexion 1938 zur Vollstreckung des Unheils der Jahre zuvor.“ (Erich Hackl, Evelyne Polt-Heinzl, Hg.: Im Kältefieber. Februargeschichten 1934, Seite 11)

Soll sich die Geschichte wiederholen?

Mit der Niederschlagung der kämpfenden Arbeiter im Februar 1934 durch die austrofaschistische Galgendiktatur wurde das Schicksal der ganzen Arbeiterschaft, ja letztlich ganz Österreichs besiegelt.

Anschluss an den zweiten Weltkrieg

Die Reaktionäre konnten nun triumphieren: Die Wirtschaftskrise hatte die Arbeiter demoralisiert, die Kapitulation ihrer Führer und der Sieg über die letzten noch Widerstand leistenden revolutionären Teile der Arbeiterschaft hatte diese in die Knie gezwungen. So bald sollte sie sich davon nicht erholen. Und als das austrofaschistische Regime dem Ansturm des Hitlerfaschismus wich und vor dem „großen Bruder“ und seinem Expansionismus kapituliert, hatte die Mehrheit der unterdrückten österreichischen Bevölkerung keine Kraft mehr, den nationalsozialistischen Kriegstreibern entgegenzutreten. Der Preis dafür war extrem hoch: Hunderttausende ÖsterreicherInnen mussten in einem neuen Krieg, dem zweiten Weltkrieg, ihr Leben lassen.

1945: Neubeginn zu neuen Krisen und Kriegen?

Kapitalismus – Krise – Faschismus – Krieg: soll sich die Ent-

wicklung wiederholen? Die arbeitenden Menschen wollten und wollen das nicht. Doch was passiert? Der Kapitalismus, nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erneut wiederhergestellt, von den SPÖ-Spitzen wiederum als „menschlich“, „ganz anders“ und „krisenfrei“ gepriesen, zeigt heute immer offener sein für die arbeitenden Menschen lebensbedrohendes Gesicht. Das österreichische Kapital, wie schon früher verbrüdet mit dem ausländischen Großkapital und in seinen Händen, ist auch heute daran, seine Profitkrise auf Kosten der Arbeitenden, Arbeitslosen, der Jugend und der Pensionisten zu „bewältigen“: durch Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen, Abbau sozialer Errungenschaften, die heute immer mehr und schneller aufgehoben werden. Die ÖGB- und SPÖ-Spitzen wollen auch heute nicht, trotz schlimmster Krise seit den 1920er und 1930er Jahren, die Beschäftigten zum Kampf dagegen aufrufen und organisieren. Warum? Weil sie selbst als „neue Oberschicht“ mit der „alten“ Kapitalistenklasse verflochten und zu politischen Führungsorganen einer den arbeitenden Menschen gegenüber feindlichen Politik herabgesunken sind.

Warum ist es so wichtig, sich dieser Ereignisse zu stellen?

Weil erstens im Zusammenhang mit dem 12. Februar 1934 und dem Austrofaschismus andauernd von „geteilter Schuld“ und von „Versöhnung“ geredet wird und zweitens seit der Waldheimaffäre 1986 („habe nur meine Pflicht erfüllt“) auch unter „Linken“ so getan wird, alle Österreicher seien Opportunisten, Ja-Sager oder gar Nazis gewesen. Damit, so schreibt Erich Hackl im Vorwort zu „Kältefieber“, wurde die These von Österreich als einem oder dem ersten Opfer der nationalsozialistischen Aggression als falsch hingestellt. „Die Folgen dieser Pauschalierung waren und sind desaströs – weil ihre Vertreter damit die rechtsextreme Schutzbehauptung übernahmen, es seien eh alle Österreicher für Hitler gewesen, und daraus den Schluss zogen, es gebe in der Vergangenheit nichts, das Wert hätte, an das man anschließen, aus dem man Kraft oder Lehren für die Gegenwart ziehen könnte. Durch die solcherart propagierte nationale Selbstaufgabe, den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider, den Zerfall des staatssozialistischen Lagers und die Diskreditierung revolutionärer Bestrebungen erschien vielen Schriftstellern und Intellektuellen ein Aufgehen des Landes in den neoliberalen Wirtschaftsblock der Europäischen Union als ein verlocken-

des Ziel.“ (Erich Hackl, Evelyne Polt-Heinzl, Hg.: Im Kältefieber. Februargeschichten 1934, Seite 10)

Und man muss ergänzen, den Herrschenden, dem Kapital kam die Schützenhilfe von „Linken“ wie dem „Republikanischen Klub“ usw. bis hin eben zu den etablierten SPÖ- und ÖGB-Spitzen, ohne die ein EU-Beitritt nicht bei der österreichischen Bevölkerung durchzubringen gewesen wäre, sehr zur Hilfe. Und politisch überließ man seitdem den Rechten die politische Möglichkeit sich als Anti-EU hinzustellen, obwohl die Rechten nichts gegen die EU haben, ja fest daran arbeiten, dass die EU eine „deutsche EU“ wird.

Was hat das mit heute zu tun?

Die SPÖ-geführte Bundesregierung tut alles, um gemeinsam mit der ÖVP die krisenhafte Wirtschaft auf Kosten der Masse der Arbeitenden zu „sanieren“. Die durch und durch kapitalistische EU samt Militäraufrüstung, die in der Ur-

kaine gerade mit faschistische Banden und Parteien zum dortigen blutigen Umsturz gemeinsame Sache macht oder in Bosnien-Herzegovina beim Protest der Zehntausenden ArbeiterInnen den Einsatz von EU-Truppen (Eufor) überlegte, wird als Job- und Friedensgarantie schönegeredet. Die Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen und Älteren, steigt rasant an, die EU-Politik, in Konkurrenz zu USA/NATO verschärft Krisen und übt sich als Krisenzünder und Kriegstreiber im Friedensgewand. Die EU duldet und fördert Rechte und Faschisten, sei es gerade in der Ukraine, sei es in Ungarn, sei es in Griechenland. Glaubt man so wieder durch Verharmlosung, Duldung und offene Förderung, die Rechten und geistigen Nachfolger von Austro- und Hitlerfaschisten in Industrie, ÖVP und FPÖ in Zaum halten zu können? Die FPÖ, die auf anti-EU tut, aber selbst gierig nach Posten in der EU strebt und natürlich nichts dagegen hat, wenn die EU in Bosnien Arbeiterunterdrückung durch Militär überlegt

oder in der Ukraine EU-Außenbeauftragte Ashton, über SPD-Außenminister Steinmeier, der polnische Premier Tusk und der französische SP-Außenminister Fabius mit Faschisten gemeinsame Sache machen.

Solange der Kapitalismus existiert, gibt es keinen Frieden. Wenn wir diesen Kreislauf durchbrechen wollen, müssen wir mit dem Profitsystem radikal brechen. Die arbeitenden Menschen werden sich – so schwer es scheint – wieder bewusst werden müssen was sie sind, dass sie alleine, jeder einzeln für sich, nichts sind, dass Solidarität das Wichtigste ist und dass sie sich gegen die Ausbeutung und zunehmende Unterdrückung der Profitwirtschaft zusammenschließen werden müssen und sich dabei auf niemanden außer auf sich selbst verlassen können und dürfen. Das erfordert viel Zeit, Kraft und Gemeinsamkeit. Wenn dieses Vorhaben nicht gelingt, finden wir uns als gegeneinander Gehetzte in neuerlichen Bürgerkriegen und Eroberungskriegen für Profitinteressen wieder.

Arbeitskampf bei der KBA-Mödling

Im Jänner und Februar hat sich die Situation bei der KBA zugespitzt. Nachem die Firmenleitung des deutschen Konzern nicht einlenkte, tra-

ten die KollegInnen in den Streik. Nachfolgend die Solidaritätsadresse des ÖSK und der Kommentar zum Streikenden vom Februar.

„Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir solidarisieren uns voll und ganz mit eurem Streik! Ihr habt immer gearbeitet, euch nichts zu Schulden kommen lassen, trotzdem versucht die Geschäftsleitung durch Drohungen und Einschüchterung eine Mürbmache- und Spaltungstaktik. Trotz Gewinnen will die deutsche Konzernzentrale zwei Drittel (460) der Belegschaft in Österreich (750) kündigen, letztlich das Werk ganz zusperren. Es geht also nicht um „zu viele“ oder „weniger“ Kündigungen auf einmal. Die Arbeitsopfer dienen nicht dem Erhalt des Standortes, sie waren und sind nur für die Konzernprofite. Deshalb will die Konzernleitung auch das von euch vorgelegte



Alternativkonzept nicht einmal ignorieren.

Solange die Produktion noch nicht reduziert bzw. verlagert ist, brauchen sie euch. Wenn es der Konzernleitung gelingt, auf Zeit zu spielen – wie seinerzeit bei der Semperit Reifenproduktion, werden die Beschäftigten und Betriebsräte noch zu Totengräbern des eigenen Arbeitsplatzes gemacht. Daher ist euer Streik jetzt genau die richtige Antwort ... Gewerkschaft und AK müssen nicht nur vor der AK-Wahl volle und ganze Unterstützung eurer Anliegen gewähren. Eurer Widerstand und Streik gegen die ungerechtfertigten Vorhaben und Angriffe der Konzernleitung spricht allen arbeitenden Menschen, besonders solchen in ähnlichen



Situationen, aus dem Herzen. Genug ist genug!

Zum Streikende

Der Streik wurde für beendet erklärt, von den Gewerkschaften PROGE und GPA-djp von „Kompromiss“ gesprochen. 385 Beschäftigte statt bis zu 460 verlieren ihren Arbeitsplatz, der Standort Ternitz wird überhaupt zugesperrt, obwohl der

Konzern Gewinne schreibt und Ternitz zuletzt erst 2012 erneuert wurde. Wie weit sind wir schon gekommen durch das ständige Zurückweichen der „ArbeitnehmervertreterInnen“ in Partei- AK- und Gewerkschaftsspitze, dass Konzernherren so fuhrwerken können. Während die Unternehmer mit Klassenkampf von oben zuschlagen, beschwören Gewerkschaft und AK die Sozialpartnerschaft, in der Hoffnung, die Unternehmer freundlich zu stimmen. Das verharmlost die Rolle der Unternehmer und schwächt die ArbeiterInnen. Siehe dazu das beschämende Video auf der Homepage www.gpa-djp.at unter: „Weitere Themen“, „Kompromiss in der KBA erreicht - Streik beendet“.

AKH-LeihmitarbeiterInnen

Im Stich gelassen



Das Wiener Allgemeine Krankenhaus (AKH) ist eines der größten Krankenhäuser in diesem Teil Europas. In den 22 Stockwerken gehen mehr als 9.500 Ärzte, Reinigungs- und Pflegekräfte ihrer Arbeit nach. Jährlich nehmen über eine halbe Million Patienten die Dienste der Klinik in Anspruch.

Im vergangenen Monat stand das AKH im Zentrum des Medieninteresses, nach-dem gemeldet worden war, dass bis zum Sommer 350 Reinigungskräfte entlassen werden und dass weitere 750 im laufenden Jahr mit ihrer Entlassung rechnen müssen. Es handelt sich um MitarbeiterInnen der Firma AGO, die ihre Beschäftigten auf der Basis eines Vertrags vier Jahre lang für Reinigungs- und andere Dienstleistungen an das

AKH ausgeliehen hat und die nun nach Ablauf dieses Vertrags durch eine andere Firma ersetzt wird, die die Reinigungsdienste im AKH für einen noch geringeren Preis übernimmt.

Übernahme statt Fremdvergabe

AGO-Betriebsratsvorsitzender David Lang: „Unsere KollegInnen werden auf die Straße gesetzt, weil sich Gemeinde Wien und AKH offenbar weder am Wohl der Beschäftigten noch der PatientInnen orientieren. Unsere KollegInnen, die ohnehin schon in prekären Verhältnissen leben und arbeiten, sollen für die absurden Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich büßen.“

Denn es ist die essen-tielle Qualität des Krankenhausbetriebs in Gefahr, ist doch zu

befürchten, dass aus Kostengründen auf unerfahrenes und erst einzuschulendes Personal orientiert wird, was zu einem Qualitätsverlust und einer Gefährdung der Patienten führen kann. „Es ist jetzt schon vieles sehr schwer hier. Mit dieser Personalpolitik wird die öffentliche Gesundheitsversorgung aufs Spiel gesetzt!“ Lang: „Wir haben mehr als 4.000 Unterschriften gesammelt und der Stadt Wien übergeben, damit sie sich um unsere Arbeiter kümmern sollten. Unsere Appelle an das Krankenhaus und die Stadt Wien haben leider nicht gefruchtet, mit den Arbeitern sind die Verantwortlichen umgegangen wie mit Abfall“, schließt Lang.

initiativeuebernahme.wordpress.com
fb.com/initiative.uebernahme

EU-Truppen gegen Sozialproteste?

In Bosnien-Herzegovina kam es im Februar in fast in allen Städten zu massiven Demonstrationen und Protesten. Die Menschen fordern „Nahrung und Jobs“.

Der Grund: Die unsozialen Zustände sind für die Menschen nicht mehr erträglich. Die von den dortigen Herrschenden angewendete nationalistische Hetze, geduldet oder geschürt von der „internationalen Staatengemeinschaft“, um die Solidarisierung der arbeitenden Bevölkerung zu verhindern, funktionierte nicht mehr. Die Menschen schlossen sich zusammen und gingen zur Tat über: Zum Schutz ihrer Lebensinteressen nahmen sie die Angelegenheiten des täglichen Lebens selbst in die Hand. In der Industriestadt Tuzla, wo 10.000 Arbeiter ihren Job verlieren sollen, von wo die Proteste ausgingen, tagen täglich Bürgerversammlungen. Sie stimmen über die Forderungen an die Behörden ab. Parteienvertreter egal welcher Farbe sind unerwünscht. „Wahlen ändern nichts, nur Aktionen wie diese, oder noch radikalere, können unsere Politiker zum Rücktritt bringen“, sagt ein Mann im TV (Kurier, 8.2.+16.2.14).

Ihr Massenprotest richtet sich gegen die dort unter der Schirmherrschaft von EU/USA/UNO und mit Militärpräsenz herrschenden nationalistischen einheimischen (kroatische, bosnische, serbische) Partei- und Regierungsspitzen. Diese bereichern sich seit bald 20 Jahren auf Kosten der Bevölkerung mit Hilfe von nationalistischer Auspielerei der arbeitenden Menschen und in Abstimmung mit und unter Duldung der internationalen „hohen Repräsentanten“, den Östereichern Petritsch und Inzko. Früher blühende Betriebe wurden privatisiert d.h. Clans

oder ausländischen Investoren zugeschanzt oder zugesperrt. Die ArbeiterInnen bekommen wenig oder keinen Lohn, teilweise seit mehr als 2 Jahren (!). 500.000 Menschen der rund 4 Millionen Einwohner, 58% der Jugendlichen sind arbeitslos, 100.000 haben keine Pensionsregelung, während die Manager und Politiker sich gigantisch bereichern. Die nationalistischen Parteien und ihre internationalen Schutzherrn haben große Angst davor, dass sich die Menschen verbünden und ihre gemeinsamen sozialen Probleme entdecken, bringt es ein Organisator der Selbstverwaltungs-Bürgerversammlungen auf den Punkt. (Presse, 8.2.14)

Am Höhepunkt der Proteste wurde auch der „Hohe Repräsentant“, der Österreicher Valentin Inzko zur Situation befragt und er sagte wortwörtlich:

*„Wir haben dort eine sehr starke österreichische Präsenz und diese Soldaten sichern nicht nur den Frieden in Bosnien-Herzegovina, sondern auch in der Region **und das ist auch interessant und wichtig für uns, für den Frieden in Österreich**“ ...*
„Vielleicht noch ein letztes Wort. Alle österreichischen Firmen sind wohl auf, auch die Österreicher ... und keine ausländische Institution hat Schaden gelitten und auch die Exporte nach Österreich sind gewaltig. Bosnien hat sogar einen Handelsbilanzüberschuss mit Österreich, also österreichische Firmen arbeiten hier und sind auch weiterhin willkommen.“ (ORF, ZIB-2, 7.2.2014).
„Wenn die Lage eskaliert, werden wir eventuell an EU-Truppen denken müssen“ (Kurier, 9.2.2014) (Hervorhebungen durch die Redaktion)

Welchen Frieden schützen die EUFOR-Soldaten? Den der Unterdrücker, Ausbeuter und Nutznie-

ßer der Ungleichverteilung. Außerdem wird sichtbar wie selten, dass den „hohen Vertretern“ Firmen- vor Menschenwohl geht. Bosnien-Herzegovina ist bei den ausländischen Kapitalisten deshalb so beliebt, weil sie dort billigst produzieren lassen können, so billig und so ausbeuterisch, dass Bosnien sogar einen Handelsüberschuss mit Österreich hat. Und wenn das gefährdet ist, wird offen mit Militäreinsatz gedroht. Es sollen EU-Soldaten – v.a. Soldaten des neutralen Österreich sind dort stationiert – gegen Arbeiter aufmarschieren und schießen?!

Noch mehr österreichische Soldaten nach Bosnien-Herzegovina und in den Kosovo?

Vor einem Jahr hat die österreichische Bevölkerung berechtigt mit großer Mehrheit gegen ein Berufsheer gestimmt. Seitdem werden aber trotz dieses NEIN-Volksentscheids und trotz für die arbeitenden Menschen ausgerufenen „Sparzwangs“ von den Ministern Kurz und Klug in trauter Einigkeit immer mehr österreichische Soldaten zu Auslandseinsätzen in Krisen- und Kriegsgebiete geschickt: Kosovo, Bosnien-Herzegovina, Afrika.

Was haben wir dort zu suchen?

Das Bundesheer ist für die Verteidigung Österreichs da, nicht für Auslandeinsätze zum Schutz von Firmen- und Konzerngewinnen. Doch genau das zeigt sich gerade jetzt in Bosnien-Herzegovina. Wenn dort die Bevölkerung über alle Nationalitäten und Regionalgrenzen hinweg gegen die von der USA/EU/NATO gestützte höchst korrupte Wirtschaft und Politik protestiert, dann droht der dortige „Hohe Vertreter“ der UNO, der Österreicher Valentin Inzko, der Bevölkerung mit dem Einsatz der EUFOR-Soldaten. Zu denen ge-

hören schon jetzt über 200 österreichische Soldaten und dieses Kontingent soll bis zum Sommer nochmals um 130 Soldaten aufgestockt werden. Warum? Weil das auch „für die Sicherheit in Österreich“ wichtig sei (???), so Herr Inzko (ORF, ZIB-2, 7.2.2014).

Bei uns „gedenkt“ man des Februars 1934, verurteilt berechneten von den Regierenden damals befohlenen Einsatz von Polizei und Militär gegen Arbeiter. In Bosnien-Herzegowina macht man gleichzeitig genau das, droht mit Militäreinsatz gegen die Bevölkerung, die sich gegen die sozialen Missstände, Zusperrungen, Ausverkauf oder gegen Nichtauszahlung von Löhnen wehrt. Das zeigt, wozu auch die

EU-Militär-Auslandseinsätze unter aktiver Teilnahme Österreichs gut sein sollen: Nicht zur Friedenssicherung, wie uns eingeredet wird, sondern zur Sicherung der Gewinne von Firmen und Investoren, zur Sicherung von billigen Arbeitskräften für ausländische, auch österreichische Firmen.

Das Berufsheer-NEIN entspricht der Neutralität Österreichs. Doch die Regierung schert sich nicht darum. Die Neutralität wird zwar im Munde geführt, gleichzeitig durch österreichische Militär-Auslandseinsätze mit Füßen getreten. Daher: Respektierung des Berufsheer-NEIN-Volksentscheids - Schluss mit den Bundesheer-Auslandseinsätzen!

Die Forderungen der Arbeitenden und Demonstrierenden in Bosnien-Herzegowina sind voll berechtigt und könnten doch, angewendet auf unsere Verhältnisse (Stichwort Hypo Adria), umgesetzt werden:

- ✦ Abdankung korrupter Politiker und Manager
- ✦ Kürzung der Politiker- und Manager-Bezüge auf das dortige Durchschnittseinkommen (420 Euro)
- ✦ Rücknahme der „kriminellen Privatisierungen“
- ✦ Enteignung der Wirtschaftskriminellen
- ✦ Soziale Sicherheit für die arbeitenden Menschen, für die Bevölkerung

Ukraine

Gefährlicher Wettstreit der Großmächte

Die Ukraine ist der größte Flächenstaat Europas und liegt strategisch zwischen EU und NATO-Staaten einer- und Russland andererseits. Seit dem Zerfall der Sowjetunion (SU), wovon die Ukraine ein Teil war, trachten die Großmächte und Blöcke nach Einfluss, d.h. die Ukraine auf ihre Seite zu ziehen, sie als Markt und militärisches Aufmarschgebiet zu bekommen.

Einer der wichtigsten US-Sicherheitsberater nach Kissinger, Zbigniew Brzezinski, will die Vormacht der USA als einzige Weltmacht absichern. Er sieht Eurasien als das „Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird“ (Brzezinski, »The Grand Chessboard«, S. 57), weil Eurasien der mit Abstand größte Kontinent ist, mit 75 % der Weltbevölkerung und 3/4 der weltweit bekannten Energievorkommen.

Deshalb führten die USA Krieg gegen Afghanistan und Irak und ist der „EU-Maidan“ der vorläufige Höhepunkt einer langen Kette von reichlich

subventionierten Umstürzen in Ländern Südosteuropas und der früheren SU, von Jugoslawien (1991-1999) über Georgien (2003), Ukraine (2004), Usbekistan (2005) usw.

Den USA geht es um die Schwächung des Konkurrenten Russland und letztlich auch um China. Auch die EU will nicht nachstehen im Machtpoker und verfolgt zum Teil an der Seite, zum Teil in starkem Gegensatz zur USA eigene Interessen, allen voran Deutschland, das neuerdings seine „weltpolitische Zurückhaltung“ aufgeben möchte (siehe unsere Zeitung Nr. 116) und zuletzt „sein Pferd“ Klitschko in der Ukraine positionierte.

Schon 2004 bei der vom US-Milliardär Soros finanzierten „Orangen Revolution“ wurde Timoschenko aufs Schild gehoben. Die „Erdgasprinzessin“, mit dubiosen Gasgeschäften und Abkommen mit Russland zu riesigem Reichtum gekommen, ist in der ukrainischen Bevölkerung (Durchschnittseinkommen 250 Euro/Monat) nicht stark akzeptiert. Deshalb gewann die

letzten Wahlen Janukowitsch, der nun mit Hilfe von Faschisten, Rechten und Timoschenko-Leuten weggeputscht wurde. Janukowitsch wollte sowohl mit Russland als auch mit der EU Abkommen schließen.

Das jüngste, nicht zustande gekommene EU-Abkommen hätte die Ukraine wirtschaftlich einseitig dem EU-Kapital öffnen sollen und sah auch EU-Truppenstationierungen vor. Das lehnte Janukowitsch ab. Kurz darauf begannen die von Timoschenko-Partei und Faschisten organisierten und bewaffneten Proteste. Sowohl die EU unter Führung von Deutschlands SPD-Außenminister Steinmeier, als auch die USA kooperierten, ermutigten oder steuerten gar die Rechten und Faschisten. Spätestens durch die Veröffentlichung von geheimen Telefongesprächen wurde deutlich, dass sich die USA („fuck the EU“) und die EU unter Führung Deutschlands hier einen Macht-Wettlauf liefern. Das erste was die neue hinaufgeputschte Ukraine-Regierung tat, war, Finanzhilfe bei USA, EU

und IWF zu erbetteln. Der IWF machte gleich klar, dass dies nur geht, wenn der ukrainischen Bevölkerung entsprechende Opfer abverlangt werden.

Herr Ascan Iredi, vorgestellt als Kapitalmarktexperte, meinte am 24. Februar im Börsenbericht der ARD: "Ein ganz ungeheures Potential würde sich da öffnen. Die Ukraine ist zum einen reich, das ist ihr Vorteil, auch für ihre Zukunft, und zum anderen ist das auch ein ganz, ganz großer Markt. ... Grundsätzlich haben wir das Problem, dass Russland die Hand darüber hält und dieses Land sich dadurch sehr schlecht und nur sehr langsam entwickelt. ... Das Pro-Kopf-Einkommen ist sehr niedrig! ... Das können wir aber andererseits nutzen, das könnte zu einer Art Werkbank werden, für die Europäische Union. Und die Bodenschätze sind sehr wichtig, was wiederum den Reichtum für dieses Land sichert. ..."

Man muß Börsianer nur einfach reden lassen und sie erklären dir die Weltpolitik: Ein Land, reich an Ressourcen, noch dazu pleite und an ein geringes Lohnniveau gewöhnt — wenn wir die an die EU binden, produzieren die für uns billig mit qualifizierten Kräften unter Nutzung ihrer Bodenschätze. Und exportieren können wir dann auch vielmehr dorthin. Danke, das ist Klartext. (Quelle: akin Nr. 6/2014)

Österreich als neutrales Land darf bei den Wölfen, die um die brandgefährliche Neuaufteilung von Ländern und Regionen eifern und auch vor der Finanzierung und Zusammenarbeit mit Faschisten nicht zurückscheuen, nicht mitheulen! Österreich muss diese Mächtschaften scharf verurteilen, statt mitzuspielen.

Hypo-Alpe-Adria

Die Milliarden sind noch da, man muss sie sich nur holen!

In den letzten Wochen hat sich die Debatte um die Hypo-Alpe-Adria deutlich erhitzt. Kein Wunder, werden doch fast täglich neue Horrorszahlen bekannt. Doch eines ist den Meldungen von Wirtschaft, Banken und Regierung praktisch gemeinsam: Nur keine Insolvenz der Bank, das würde alles noch schlimmer machen. Man bekäme gar nichts mehr zurück usw. usf. Doch tatsächlich sind die 13 bis 19 Milliarden, die da fehlen, die die Steuerzahler **n o c h** hineinzahlen sollen, nicht weg, sondern eben wo anders: bei den sogenannten Investoren. Auf der Liste der Hypo-Anleihe-Gläubiger findet sich, so das Unternehmerblatt „Die Presse“, „jedenfalls die Creme der nationalen und internationalen Banken- und Fondslandschaft.“ (Presse, 19.2.14).

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivist:innen, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

117/14

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen"
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
reichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstüt-
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
ist die des obgenannten Vereins.

Da alle Parteien in das Desaster involviert sind, schiebt jede der anderen den schwarzen Peter zu, aber zahlen sollen die arbeitenden Menschen. Da sind sie sich einig mit Banken- und Industriewelt.

Die Hypo-Alpe-Adria war nie eine sogenannte „Systembank“ die man retten musste. Sie war eine kleine Landesbank, allerdings mit Spekulationen in Südosteuropa. Der FPÖ-Deal mit der Bayerischen Landesbank kam deswegen zustande, weil die Bayern eine Bank zum Spekulieren in Südosteuropa brauchten. Deshalb zahlten sie die Milliarden für die Hypo, die sie jetzt wieder zurückhaben wollen. Die Notverstaatlichung schützt(e) nicht nur die Bayern Landesbank, sondern auch z.B. die Grazer Wechselseitige und nicht in geringem Ausmaß die Raiffeisenbank. Ganz zufällig wahrscheinlich ist der Ex-Finanzminister Josef Pröll, der die Notverstaatlichung durchführte, heute Generaldirektor der Raiffeisentochter Leipnik-Lundenburger.

Die Hypo-Milliarden wollen sich die Herrschenden nicht bei einer Insolvenz bei den Investoren holen, sondern bei Einsparungen bei Bildung, Jugend, Pensionen bei den arbeitenden Menschen. Ein Untersuchungsausschuss muss her, jedenfalls! Aber das reicht nicht. Die Hypo-Alpe-Adria muss geordnet in die Insolvenz geschickt werden. Dann passiert nichts außer, dass die Milliarden, die bei uns für die „Bedienung“ der Investoren bei Nichtinsolvenz geholt werden sollen, eben die Anleihe-Gläubiger nicht bekommen.

„Gesundheit für alle“

Buchpräsentation in Wien



im **Wirtschaftsmuseum**

www.wirtschaftsmuseum.at

Vogelsanggasse 36

1050 Wien

Mittwoch, 9. April 2014

19.00 Uhr

Wilfried Leisch stellt die Grundlinien des Gesundheitswesens in Österreich dar und beschreibt die Folgen der Privatisierung und Kommerzialisierung.

Andreas Exner geht auf die Bedeutung sozialer Gleichheit für den Gesundheitszustand ein.

Die beiden obgenannten Vortragenden sind Teil der Initiative „Solidarisch Gesund“ und Autoren des Buches „Gesundheit für Alle!“
www.solidarischgesund.org

Raimond Karner, Betriebsrat, berichtet über die Situation von Leiharbeitskräften im AKH.

Eintritt, Erfrischungen und Brötchen frei

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Demokratie- und Sozialabbau, Militarisierung und Krieg. Danke! Wir finanzieren unsere ehrenamtliche Tätigkeit ausschließlich aus Einzahlungen unserer AktivistInnen und LeserInnen. Das garantiert unsere Unabhängigkeit. Nur gemeinsam schaffen wir eine bessere Zukunft

Mit kollegialen Grüßen
Österreichisches Solidaritätskomitee

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt
Abs. Österr. Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Spenden-Einzahlungen

Entweder per beigelegten Zahlschein oder per Überweisung auf unser Konto wie folgt:

EmpfängerIn: W. Leisch,
Verwendungszweck: ÖSK, Spende,

Konto-Nr.: 00079-348-267

BLZ: 60000 oder:

BIC: OPSKATWW,

IBAN: AT986000000079348267

Danke!

Mit solidarischen Grüßen, Österr. Solidaritätskomitee
oesolkom@gmx.at <http://proSV.akis.at>